

Antrag der Fraktionen CDU und SPD
'Ausrichtung eines jährlichen Veteranentages
am Bundeswehrstandort Stadtallendorf'

Offener Brief

Liebe Mitglieder des Kreistages, sehr geehrte Damen und Herren,

Wir möchten Sie bitten, über diesen Antrag noch einmal kritisch nachzudenken. Das eifertige Bemühen, dem Militär eine herausragende Stellung in unserer Gesellschaft zu verschaffen, wird hier auf peinliche Weise deutlich. Die Grundlage ist unseriös, und die Berufung auf das 'Bild des Staatsbürgers in Uniform' substanzlos. Der Kreistag darf nicht zur einseitigen Aufwertung der Bundeswehr gegenüber den zivilen Bereichen unserer Gesellschaft aufrufen, und er darf nicht Schützenhilfe für die Militarisierung des öffentlichen Lebens leisten!

Im Einzelnen:

Der Antrag beruft sich auf einen **Beschluss des Bundestages v. 23.4.24**. Dort heißt es: "In Deutschland gelten diejenigen Frauen und Männer in Uniform, die gedient haben, diejenigen die derzeit aktiv dienen und diejenigen, die in der Reserve bereitstehen als Veteraninnen und Veteranen der Bundeswehr. Sie verdienen Respekt, Anerkennung und Würdigung..."

Nach linguistischer Übereinkunft werden im Deutschen altgediente Soldaten, zumal solche, die aus einem Einsatz zurückgekommen sind, als Veteranen bezeichnet. Andere nicht.

Die 'Veteranen' dieses Antrags verdanken ihre Existenz dem **Tagesbefehl der seinerzeitigen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen v. 26.11.2018**, in dem der Wortinhalt willkürlich umdefiniert und über die im Wort gemeinte Personengruppe hinaus ausgedehnt wurde. 'Aktive' sind nicht Veteranen! 'In der Reserve Bereitstehende' ebenso wenig! Auch die Millionen Wehrpflichtiger, die seit 1957 zur Bundeswehr mussten, sind keine Veteranen! Selbst wenn sie die Erinnerung an verlorene Zeit, Gammelei, willkürliche Befehle und Alkoholkonsum teilen mögen. Für die knapp 3 Millionen Männer übrigens, die in den Streitkräften der DDR gedient haben, gilt nicht, dass sie *Respekt, Anerkennung, Würdigung* verdienen. Es war die falsche Seite.

Was ist der Zweck dieser semantischen Manipulation? Sie soll Verbundenheit im soldatischen Tun suggerieren: der Alten mit den Jungen, der Wehrpflichtigen mit den Berufs- und Zeitsoldaten, der an Auslandseinsätzen Beteiligten und der gegen ihren Willen zum Dienst Gezogenen. Alle verbunden in Kriegsbereitschaft, im äußersten Fall der Bereitschaft, das Leben zu opfern, so gebührt ihnen *Respekt, Anerkennung, Würdigung*. Einheiten lassen an diesem Tag mit entsprechendem Zeremoniell Reservisten öffentlich ihre Gelöbnisse wiederholen. Es geht um den Mythos der Verbundenheit mit unserer Armee. Der 'Veteranentag' hat die Aufgabe, in der Bevölkerung Zustimmung und Bewunderung für die Bundeswehr und das Militärische zu produzieren - und der Kreistag hat jetzt die Chance mitzuwirken am Mythos der Verbundenheit der Bevölkerung mit unseren kriegsbereiten Jungs! Diese Verbundenheit ist aber eine Fiktion, und die Zustimmung zu einem 'Veteranentag' macht den Mythos nicht glaubhafter.

'Veteran' kann nicht sein, wer den Kriegsdienst verweigert hat, Zivildienstleistender war und Lebenszeit gegeben hat für ernsthafte, der Gesellschaft nützliche Arbeit, die ohne sein Zutun gefehlt hätte. Er hat nur 'Ersatzdienst' geleistet. Hätte nicht gerade er *Respekt, Anerkennung und Würdigung* verdient? Und was gilt für ehemalige Bundeswehrsoldaten, denen das Gewissen erst später schlug, die aber das Anerkennungsverfahren als Kriegsdienstverweigerer schafften?

Niemand hätte etwas dagegen, den (im Antrag *gendergerecht benannten*!) Soldaten an einem besonderen Tag ein besonderes Nachdenken über ihre Rolle als Staatsbürger in Uniform im

demokratischen Staat zu ermöglichen, die Bundeswehr hat hier durchaus eine Bringschuld gegenüber der Zivilgesellschaft. Aber der Antrag beschwört das 'Leitbild des Staatsbürgers in Uniform' lediglich, um öffentliche Wertschätzung einzufordern; damit wird das Selbstdarstellungsinteresse der Truppe, insbesondere der 'Division Schnelle Kräfte 'am Standort' bedient.

'Am Standort' - das ist Militärjargon und reduziert den Blick auf die militärische Nutzung der Gemeinde Stadtallendorf. Verkehrte Welt: als wäre es das Militär, das unser Land am Leben erhält und lebenswert macht! Sind es nicht die zahllosen, aufopferungsvoll arbeitenden Menschen in den sozialen Diensten vom Kindergarten bis zum Pflegeheim, von der Klinik bis zur Universität, von Katastrophenhilfe und Feuerwehr bis zur Polizei? Und sind es nicht die Menschen, die mit ihrer alltäglichen Arbeit die Wirtschaft am Laufen halten, Menschen mit vielfältigsten Herkunftsgeschichten?

Die Antragsteller versuchen, **eine Analogie zum Volkstrauertag** herzustellen. Die zentrale Gedenkstunde im Bundestag steht 2025 unter dem Motto: **"Versöhnung über den Gräbern – Arbeit für den Frieden"**. Das Motto der 'Division Schnelle Kräfte', die den 'Standort Stadtallendorf' prägt und teil hat am größten 'Kriegsertüchtigungsprogramm' der neueren deutschen Geschichte, heißt aber **"einsatzbereit - jederzeit - weltweit"** - und was für eine Friedensperspektive geht von einem Großverband aus, dessen Marschmotto **'In Treue fest'** eine patriotische Formel aus der Kaiserzeit des 19. Jahrhunderts beschwört?

Respekt, Anerkennung und Würdigung können auch **fragwürdige Kategorien** sein, wie das Beispiel des deutschen Obersten zeigt, der in Afghanistan die Bombardierung von 150 Zivilisten befahl, die mit der Verteilung von Sprit aus havarierten Tankfahrzeugen beschäftigt waren. Nicht nur wurde er von einem Gericht für unschuldig befunden, sondern von seinen Vorgesetzten sogar für seine Leistungen zum General befördert.

Zusammengefasst: Dieser Antrag gibt das falsche Signal. Es ist nicht die Kriegstüchtigkeit, die durch Aktionen der Aufwertung des Militärischen 'im Stadtbild' gestärkt werden muss, es ist das zivilisierte, friedliche Zusammenleben in unseren Kommunen.

Wenn der Kreistag etwas deutlich hervorheben und unterstützen sollte, dann ist es die Arbeit für Völkerverständigung mit dem Ziel eines dauerhaft friedlichen Zusammenlebens, wie sie auch von den vielen Menschen geleistet wird, die in den Städtepartnerschaften in unserem Kreis aktiv mitarbeiten.

Wir bitten Sie, den Antrag nicht anzunehmen. Wägen Sie noch einmal ab.
Und greifen Sie gerne die Vorschläge auf, die in den Konkurrenzanträgen eingebracht werden!

Mit freundlichen Grüßen
für das Marburger Bündnis 'Nein zum Krieg'

Dr. Ilina Fach, Carmen Gonzales,
Erwin Junker, Pit Metz,
Dr. Stephan Nolte, Erika Richter,
Ortwin Schäfer, Ralf Schrader,
Karin Schwalm, Rüdiger Stolzenberg, Christa Winter

